

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

**Mitglied SPD-Fraktion**

Beigeordneter Wilfrid Adam  
Ratsmitglied Ursula Aljets  
Ratsmitglied Holger Barkowsky  
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger  
Ratsmitglied Hans Gabriels  
Ratsmitglied Sabine Gastmann  
Ratsmitglied Hans Hartmann  
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke  
Ratsmitglied Kurt Lorentz  
Beigeordneter Siegfried Neumann  
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum  
Ratsmitglied Uwe Reese  
Ratsmitglied Margit Stoermer  
Ratsmitglied Hermann Stolle  
Ratsmitglied Angelika Thwin  
Ratsmitglied Christine Will

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Ursula Biester  
Ratsmitglied August Desenz  
Ratsmitglied Jörn Felbier  
Ratsmitglied Ursula Glaser  
Ratsmitglied Martin Harms  
Ratsmitglied Stephan Hellwig  
Ratsmitglied Marita Hirsch  
Ratsmitglied Helmut Möhle  
Ratsmitglied Philipp Panzer  
Ratsmitglied Bernhard Rech  
Beigeordneter Prof. Günter Reuter  
Beigeordneter Heinz Weerda

**Mitglied FDP-Fraktion**

Ratsmitglied Susanne Bauermeister  
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny  
Ratsmitglied Horst Radmer  
Ratsmitglied Hartmuth Sager  
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

**Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsmitglied Werner Biehl  
Ratsmitglied Erika Lach  
Ratsmitglied Claus Westerman

**Mitglied Gruppe BASU/Tholen**

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

**Mitglied der LAW**

Ratsmitglied Johann Janssen

**Mitglied der DP**

Ratsmitglied Peter Müller

**Es fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Brigitte Klee

1. Bürgermeister Fritz Langen

**Dezernent**

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

**von der Verwaltung**

Hans-Dieter Siehl - Stellv. Fachbereichsleiter Zentrale Dienste

Arnold Preuß - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Claudia Wachenfeld - Pers. Referentin

Udo Weiß - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Jörg Valnion - Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft

Marion Fiedelak - Fachbereichsleitung Recht

Michael Witt - Fachbereichsleitung Stadtplanung und Stadterneuerung

Torsten Klebba – Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Franz Neugebauer - Werksleitung Eigenbetrieb Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe

**Protokollführerin**

Protokollführerin Insa Rogel

**A. Öffentlicher Teil ab Seite 2**

**B. Einwohnerfragestunde auf Seite 23**

## A. Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 5 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Oberbürgermeisters nach § 62 Abs. 6 NGO (2. Bürgermeisterin/2. Bürgermeister)
- 6.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Angleichung der Wasserpreise für Landwirte durch die GEW an den OOWV
- 6.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Erarbeitung einer kommunalen Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt
- 6.3 Antrag der FDP-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages
- 6.4 Antrag der FDP-Fraktion auf Bildung eines "Rechnungsprüfungsausschusses"
- 6.5 Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien
- 6.6 Antrag Ratsherr Müller auf Einrichtung einer wettergeschützten Wartezone für den Taxenstand am Hauptbahnhof
- 6.7 Antrag Ratsherr Janssen auf Anhebung der Sätze für die Kosten der Unterkunft
- 6.8 Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven
- 6.9 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen
- 7.1.1 Abberufung des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes der Ostfriesland Tourismus GmbH und Entsendung eines neuen Mitgliedes
- 7.1.2 Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes
- 7.1.3 Beteiligung am Zweckverband JadeWeserPark Friesland - Wittmund
- 7.1.4 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008 (Vorl.-Nr. 115/2008)
- 7.2.1 55. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Sonderbaufläche JadeWeserPort - Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss
- 7.2.2 Bebauungsplan Nr. 210 - JadeWeserPort / Containerterminal - Behandlung der Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss
- 7.2.3 Bebauungsplan Nr. 213 - Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm - Aufstellungsbeschluss
- 7.2.4 Bestellung eines Fahrradbeauftragten
- 7.2.5 68. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Rüstersieler Groden Süd - Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss
- 7.2.6 Bebauungsplan Nr. 220 - Rüstersieler Groden Süd / Zum Kraftwerk - Behandlung der Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss
- 7.3.1 Wahlordnung Jugendparlament (Vorl.-Nr. 111/2008)
- 7.4.1 Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Wilhelmshaven
- 7.4.2 Mischwassereinleitungen in den Jadebusen
- 7.5.1 Wirtschaftsplan 2008 des RNK-Eigenbetriebes
- 7.6.1 Grundsätze für Planungen und Pflege von öffentlichen Grün und sonstige Maßnahmen zur Verringerung der Unterdeckung bei SGW
- 8.1 Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu den Konsequenzen der Handlungsempfehlung nach dem EuGH-Urteil zum Landesvergabegesetz für Ausschreibungen der Stadt Wilhelmshaven
- 8.2 Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zum Sachstand "Erarbeitung eines Entwurfes zur schrittweisen Einführung einer Kraft-Wärme-Kopplung"
- 8.3 Kleine Anfrage Ratsherr Müller zum Bau der Kohlekraftwerke

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ratsvorsitzende, Herr Rech, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Rech informierte, der **Tagesordnungspunkt 7.1.3** „Beteiligung am Zweckverband JadeWeserPark Friesland - Wittmund“ (Vorl.-Nr. 104/2008) werde **auf die nächste Ratssitzung vertagt**.

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

## 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.02.2008

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.02.2008 wird genehmigt.

## 4 Aktuelle Stunde

Es lag keine Beratungspunkte vor.

## 5 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Oberbürgermeisters nach § 62 Abs. 6 NGO (2. Bürgermeisterin/2. Bürgermeister)

Herr Föhlinger **beantragte, die Wahl auf die nächste Ratssitzung zu vertragen.**

Dies begründete er damit, dass die Wahl des Kandidaten innerhalb der SPD-Fraktion nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden sei. Mit der Vertagung solle der Fraktion die Möglichkeit eingeräumt werden, eine den Parteistatuten entsprechende Nominierung durchzuführen. Dazu bitte er auch Herrn Adam, auf seine Kandidatur zur verzichten.

Herr Neumann hielt dem entgegen, die Nominierung sei sehr wohl nach Recht und Gesetz erfolgt; jeder habe im Vorfeld ausreichend Gelegenheit erhalten sich zu informieren. Die Fraktion habe die **Nominierung von Herrn Adam** im übrigen bei nur einer Gegenstimme mit großer Mehrheit verabschiedet; er bitte die Mitglieder des Rates ebenfalls, diesem Vorschlag zuzustimmen.

**Der Antrag von Herrn Föhlinger auf Vertagung wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Stoffers nahm anschließend Stellung zu den in der Presse erhobenen Zweifeln an der Wählbarkeit von Herrn Adam zum 2. Bürgermeister. Es sei die Unvereinbarkeit der beruflichen Tätigkeit des Kandidaten mit seiner Wählbarkeit thematisiert worden. Dieses sei jedoch seitens der Verwaltung im Vorfeld geprüft und als unproblematisch eingestuft worden; die Kommunalaufsicht habe die Rechtsauffassung der Stadt Wilhelmshaven ebenfalls bekräftigt. So stehe Herr Adam nicht mehr in einem Dienstverhältnis mit der Stadt und auch seine Tätigkeit als Geschäftsführer einer Gesellschaft sei in diesem Zusammenhang unschädlich, da die Stadt an dieser Gesellschaft nicht die Mehrheit der Anteile besitze. Die Wählbarkeit von Herrn Adam sei demnach zweifelsfrei gegeben.

Herr Ender schlug **Herrn Tjaden** als weiteren Kandidaten vor und beantragte **geheime Wahl**.

Herr Stoffers machte gegen den Vorschlag von Herrn Ender rechtliche Bedenken geltend. Gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung könne die Wahl des Bürgermeisters nur aus dem Kreis der Beigeordneten, also der stimmberechtigten Mitglieder des Verwaltungsausschusses,

erfolgen. Dazu zähle Herr Tjaden jedoch nicht und aus diesem Grunde könne er auch nicht in dieses Amt gewählt werden.

Herr Ender hielt dem entgegen, dass auch bei der Wählbarkeit von Herrn Adam rechtliche Bedenken bestünden und er daher die Ablehnung von Herrn Tjaden nicht nachvollziehen könne.

Oberbürgermeister Menzel zitierte in diesem Zusammenhang aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht, in dem die Zweifel an der Wählbarkeit von Herrn Adam ausgeräumt worden seien.

Herr Prof. Reuter verdeutlichte anhand eines Auszuges aus der Kommentierung zur Niedersächsischen Gemeindeordnung die Gründe für die Ablehnung von Herrn Tjaden als Kandidaten.

Der Vorschlag des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Herrn Rech, als Schriftführer je ein Mitglied der beiden größten Parteien zu benennen, wurde einstimmig angenommen.

Aufgrund des Antrages von Herrn Ender wurde die Wahl in geheimer Abstimmung durchgeführt.

Als **Schriftführerinnen** wurde daraufhin für die SPD-Fraktion Frau Sabine Gastmann und für die CDU-Fraktion Frau Marita Hirsch benannt.

Nach dem 1. Wahlgang ergaben sich folgende Ergebnisse:

|              |              |
|--------------|--------------|
| Ja-Stimmen   | = 23 Stimmen |
| Nein-Stimmen | = 18 Stimmen |
| Enthaltungen | = 1 Stimme   |

**Damit wurde Herr Adam im 1. Wahlgang zum 2. Bürgermeister gewählt.**

Herr Adam nahm die Wahl an und hielt anlässlich seines Amtsantritts eine kurze Ansprache.

## 6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

### 6.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Angleichung der Wasserpreise für Landwirte durch die GEW an den OOWV

Herr Tjaden trug den Antrag der BASU-Fraktion wie folgt vor:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die GEW-Wilhelmshaven auf, für die in Frage kommenden 50 Landwirte in Wilhelmshaven die Bezugspreise für Wasser derart anzupassen, dass diese den Preisen des OOWV entsprechen.*

*Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die GEW-Wilhelmshaven auf, schnellstmöglich zum günstigsten Anbieter für Trinkwasser zu wechseln, und die dadurch möglichen Einsparungen an die Verbraucher weiter zu geben.“*

An der anschließenden ausführlichen Diskussion beteiligten sich die Herren Weerda, Dr. von Teichman, Harms, Neumann, Prof. Reuter, Ender, Tjaden, Biehl und Oberbürgermeister Menzel.

Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, dass für diese Angelegenheit weniger der Rat als vielmehr der Aufsichtsrat der GEW zuständig sei. Weiter wurde die allgemeine Preisgestaltung für Strom, Gas und Wasser diskutiert. Dabei wurde verdeutlicht, dass es der GEW aufgrund der Struktur der Beteiligungen in Wilhelmshaven nicht möglich sei, vergleichbare Preise wie der OOWV anzubieten, dennoch um eine faire Preisgestaltung bemüht sei.

Der von Herrn Tjaden vorgebrachte **Antrag auf Vertagung auf die nächste**

**Ratssitzung**, um die Beratungsergebnisse aus dem Aufsichtsrat abzuwarten, wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

**Auch der Antrag der BASU-Fraktion auf Angleichung der Wasserpreise für Landwirte durch die GEW wurde mehrheitlich abgelehnt.**

6.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Erarbeitung einer kommunalen Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt

Herr Dr. von Teichman beantragte für die FDP-Fraktion:

*„Verwaltung und Rat erarbeiten eine kommunale Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Biodiversität). Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz wird mit der Federführung beauftragt. Er soll bis zum Ende des Jahres 2008 einen Plan entwickeln, wie die Beschlüsse der UN und der Bundesregierung („Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ vom 7.11.07) sowie des Landes auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Dazu sollte sich der Ausschuss der fachlichen Mitarbeit Wilhelmshavener Institutionen wie z.B. des Instituts für Vogelforschung/Vogelwarte Helgoland, des Senckenberg-Instituts, des Wattenmeerhauses und der Nationalparkverwaltung sowie des Botanischen Gartens und des Naturschutzbeauftragten, außerdem der Naturschutzverbände bedienen. Die Verwaltung, insbesondere das Umweltamt, die Bauverwaltung und der Eigenbetrieb „Straße und Grün“ leisten Hilfestellung. Ggf. sind weitere Experten anzuhören. Hierzu können auch Vertreter der Wirtschaft etc. gehören.“*

Herr Tjaden wie auch Herr Janssen begrüßten den Antrag, hielten den Zeitpunkt jedoch für unpassend. Dieser habe nach Meinung beider besser vor die Diskussion um die Kraftwerksansiedlungen eingebracht werden müssen.

Herr Prof. Reuter **beantragte die Verweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz**, da dieser ohnehin mit der Federführung in dieser Angelegenheit betraut werde.

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion, da Umweltschutz seiner Auffassung nach auch bereits im Kleinen beginnen müsse.

Herr Biehl verließ seinem Unverständnis darüber Ausdruck, dass die FDP-Fraktion einerseits einer Kraftwerksansiedlung zustimme, andererseits aber die Erhaltung der Artenvielfalt zum Gegenstand des Antrags mache. Seine Fraktion stimme dem Antrag zwar zu, halte diesen dennoch für populistisch.

Herr Dr. von Teichman begründete daraufhin den Hintergrund des Antrages und wies die Vorbehalte von Herrn Biehl zurück.

Herr Panzer wiederholte den Änderungsantrag von Herrn Prof. Reuter auf Verweisung in den Ausschuss in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz als zuständigem Fachausschuss. Dort seien dann die noch offenen Sachfragen zu klären.

Herr Dr. von Teichman hielt den Änderungsantrag für überflüssig, da dieser Ausschuss gemäß Antrag ohnehin mit der Federführung beauftragt werden solle. Er sehe keine Probleme, bereits an dieser Stelle einen Ratsbeschluss herbeizuführen.

**Der Änderungsantrag von Herrn Prof. Reuter und Herrn Panzer auf Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz wurde mehrheitlich angenommen.**

6.3 Antrag der FDP-Fraktion auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung der "Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH" und Änderung des Gesellschaftsvertrages

Nachdem Herr Rech die Sitzungsleitung an den Ratsvorsitzenden Herrn Schmidt übergeben hatte, brachte Herr Dr. von Teichman einen weiteren Antrag der FDP-Fraktion mit anschließender Begründung ein:

1. *Gemäß § 111 Abs.1 NGO werden die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH“ angewiesen, gem. § 7 (4), Satz 2 des Gesellschaftsvertrages eine Gesellschafterversammlung zu beantragen.*
2. *Sie werden ferner angewiesen, in dieser Gesellschafterversammlung gem. § 7 (9), e) des Gesellschaftsvertrages folgende Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beschließen:*
  - a. *In § 7 (1) wird nach „...gewählte Mitglieder.“ eingefügt: „Fraktionen, die bei der Verteilung der Sitze nicht berücksichtigt wurden, erhalten ein Grundmandat mit beratender Stimme“.*
  - b. *in § 7 (2) wird der Satz „-Personen, die selbst Leistungen im Gesundheitswesen erbringen (z.B. niedergelassene Ärzte)“ gestrichen.*
  - c. *§ 8 (1) erhält folgende Fassung: „Der Aufsichtsrat besteht aus den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung sowie zwei nicht stimmberechtigten Arbeitnehmervertretern und einem, aus dem Kreis der leitenden Ärzte (Chefärzte) gewählten, nicht stimmberechtigten leitenden Arzt (Chefarzt).“*

**Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde die Sitzung von 17.40 Uhr bis 17.50 Uhr für Fraktionsberatungen unterbrochen.**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Herr Prof. Reuter, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. Insbesondere die Wegnahme des Stimmrechtes für Arbeitnehmer könne seine Fraktion nicht mittragen. Gründe für diesen Schritt könne man hier nicht erkennen.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinem Bedauern gegenüber dieser Auffassung Ausdruck. Seitens der FDP-Fraktion sei mit den beantragten Änderungen vielmehr beabsichtigt, Sachverstand in den Aufsichtsrat hineinzubringen, anstatt ihn durch das Mitwirkungsverbot für niedergelassene Ärzte herauszuhalten. Dieses sei besonders vor dem wachsenden Bedarf einer Restrukturierung von großer Bedeutung. Desweiteren begründete Herr Dr. von Teichman die von seiner Fraktion gewünschte künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

Frau Aliets machte darauf aufmerksam, dass alle dem Gesellschaftsvertrag bei seiner Aufstellung einstimmig zugestimmt hätten. Außerdem halte sie es für nicht notwendig, durch Ärzte mehr Sachverstand in den Aufsichtsrat zu bringen, da die bisherige Zusammensetzung dies bereits gewährleiste. Außerdem stehe zu befürchten, dass durch die geforderte Umstrukturierung unnötig etwaige Differenzen zwischen Ärzten und im Leitungspersonal in den Aufsichtsrat hineingetragen würden und dieser wiederum an der Wahrnehmung der geschäftlichen Belange des Krankenhauses gehindert würde. Auch den Entzug des Stimmrechtes für die Arbeitnehmervertreter halte sie, ebenso wie Herr Prof. Reuter für problematisch. Die SPD-Fraktion werde aus den genannten Gründen dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Dr. von Teichman wiederholte noch einmal die mit dem Antrag beabsichtigten Auswirkungen für den Aufsichtsrat.

Herr Ender erklärte, dass die Gruppe BASU/Tholen dem Antrag zustimmen werde.

Gegenüber der Aussage von Herrn Prof. Reuter zeigte er sich verwundert, zumal die Teilnahme von Arbeitnehmervertretern bei Gründung des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude seitens der CDU-Fraktion abgelehnt worden sei.

Oberbürgermeister Menzel stimmte der Aussage von Herrn Prof. Reuter zu, zeigte sich jedoch verwundert gegenüber dem Standpunkt der BASU.

Anschließend zeigte er kurz die Gründe für das Mitwirkungsverbot für niedergelassene Ärzte auf. Außerdem lasse sich ein Ungleichgewicht der Stimmverhältnisse im Aufsichtsrat zu Gunsten der Arbeitnehmervertreter bei einem Verhältnis von 6 Ratsvertretern zu 2 Arbeitnehmervertretern nicht erkennen. Zudem wolle er wie Frau Aljets an den im Rat gefassten Beschluss erinnern, dass die Gründung der gGmbH nicht mit einem Verlust des Stimmrechtes einhergehe. Sollte dem heutigen Antrag zugestimmt werden, so bedeute dies einen großen Vertrauensbruch. Er warne davor, das Krankenhaus zu einem kommunalpolitischen Spielball zu machen.

**Der Antrag der FDP-Fraktion wurde in der folgenden Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.**

#### 6.4 Antrag der FDP-Fraktion auf Bildung eines "Rechnungsprüfungsausschusses"

Seitens Herrn Dr. von Teichman wurde ein weiterer Antrag für die FDP-Fraktion mit nachfolgender Begründung vorgetragen:

*„Der Rat möge beschließen:*

*Die Geschäftsordnung des Rates wird wie folgt geändert:*

*§ 23 (1) (Ausschüsse) wird ergänzt. Nach „Sportausschuss“ wird eingefügt:  
„Rechnungsprüfungsausschuss“.“*

Herr Prof. Reuter beantragte, diesen Tagesordnungspunkt zunächst zu vertagen und einen Arbeitsauftrag zur Klärung der weiteren Details an die Verwaltung zu geben.

Herr Neumann stimmte den Ausführungen von Herrn Prof. Reuter zu. Es sei von großer Bedeutung, die Aufgaben dieses Ausschusses exakt festzulegen, damit dieser Entscheidungen am Ende nicht eher behindert, als die Entscheidungsfindung unterstützt.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch hinsichtlich dieses Vorhabens. Zwar sei es zu begrüßen, dass dieser Antrag nicht sofort abgelehnt worden sei; er befürchte aber, eine eingehende Prüfung seitens der Verwaltung könne zu Ungunsten dieses neuen Ausschusses ausfallen.

**Der Änderungsantrag von Herrn Prof. Reuter wurde daraufhin einstimmig angenommen.**

#### 6.5 Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Dieser Antrag wurde durch Herrn Dr. von Teichman zurückgezogen, da sich dieser unmittelbar auf den vorangegangenen beziehe und aufgrund der Vertagung in dieser Sitzung damit zunächst hinfällig werde.

6.6 Antrag Ratsherr Müller auf Einrichtung einer wettergeschützten Wartezone für den Taxenstand am Hauptbahnhof

Herr Müller beantragte:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen, am Taxenstand des Bahnhof Wilhelmshaven eine überdachte und wettergeschützte Wartezone mit Sitzgelegenheit, wie auch an Bushaltestellen üblich, einzurichten. Kosten und Wartung könnten über die Vermietung von Werbeflächen finanziert werden.“*

Herr Neumann gab zu bedenken, dass die Einrichtung derartiger Wartezeiten aufgrund der baulichen Gegebenheiten im Bereich der Nordseepassage nicht ohne weiteres realisierbar sei. Aus diesem Grunde **beantrage er, den Antrag an den Ausschuss für Planen und Bauen zu verweisen**, wo derartige Detailfragen zu klären seien.

**Der Antrag von Herrn Neumann auf Verweisung an den Ausschuss für Planen und Bauen wurde einstimmig angenommen.**

6.7 Antrag Ratsherr Janssen auf Anhebung der Sätze für die Kosten der Unterkunft

Herr Janssen **zog seinen Antrag auf Anhebung der Sätze für die Kosten der Unterkunft zurück**, da dieser bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen worden war.

6.8 Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 101/2008)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.05.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

In den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Wilhelmshaven werden gewählt:

| <u>Vertrauenspersonen</u> | <u>jeweils zugeordnete Ersatzpersonen</u> |
|---------------------------|-------------------------------------------|
| Barkowsky, Holger         | Stolle, Hermann                           |
| Böther, Klaus             | Weinstock, Helga                          |
| Felbier, Jörn             | Peters, Ewald                             |
| Glaser, Ursula            | Weerda, Heinz                             |
| Jasny, Hans-Joachim       | von Teichman, Dr. Michael                 |
| Langen, Fritz             | Steinbeck, Hartmann                       |
| Ober-Bloibaum, Barbara    | Brenzke-Stumm, Sabine                     |

6.9 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen (Vorl.-Nr. 107/2008)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.05.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2009 bis 2013 wird zugestimmt.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

7.1.1 Abberufung des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes der Ostfriesland Tourismus GmbH und Entsendung eines neuen Mitgliedes (Vorl.-Nr. 94/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.05.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Frau Aida Kleinschmidt als Mitglied des Aufsichtsrates der Ostfriesland Tourismus GmbH ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet mit sofortiger Wirkung als neues Mitglied des Aufsichtsrates Herrn Raymond Kiesbye.
3. Die bisherige Stellvertreterin für das entsandte Aufsichtsratsmitglied, Frau Ingrid Janßen, wird zum 31.05.2008 ebenfalls abberufen.
4. Der Rat wählt als Stellvertreterin für das unter 2. entsandte Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung vom 01.06.2008 Frau Gunda Ufkes.

7.1.2 Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes (Vorl.-Nr. 95/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.05.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Frau Aida Kleinschmidt als Mitglied des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt als neues Mitglied Herrn Raymond Kiesbye.
3. Weiteres Mitglied des Beirates bleibt – wie bisher – Herr Dr. Gaul.

7.1.3 Beteiligung am Zweckverband JadeWeserPark Friesland – Wittmund (Vorl.-Nr. 104/2008)

**Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt!**

7.1.4 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008 (Vorl.-Nr. 115/2008)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.05.2008 vor.

Herr Dr. von Teichman bedauerte, dass der Beitritt zum Zweckverband JadeWeserPark vorerst nicht zustande komme. Er hege dennoch die Hoffnung, dass die dazugehörige Nachbewilligung nicht umsonst

erfolgen werde.

Desweiteren appelliere er, die für die Studie zur Umstrukturierung der Beteiligungen angedachten Mittel sinnvoll einzusetzen, damit diese Studie ergebnisoffen, auch in Richtung Privatisierungen, durchgeführt werden könne. Gleichzeitig bitte er, den Rat detailliert über den Inhalt des Gutachtenauftrages zu informieren. Der abschließende Beschluss in dieser Angelegenheit dürfe aufgrund der Auswirkungen auf die Beteiligungen nicht vorschnell gefasst werden und bedürfe einer gründlichen Vorbereitung.

Herr Felbier stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu und bat in diesem Zusammenhang um Auskunft über den Termin der endgültigen Beratungen über den Beitritt zum Zweckverband JadeWeserPark.

Herr Prof. Reuter verwies zu dem Punkt „Umstrukturierung“ auf die Sitzung des Finanzausschusses, in der vereinbart worden sei keine Vorgaben hinsichtlich einer möglichen Richtung der Untersuchung zu machen, um für die Umstrukturierung eine optimale Struktur zu finden. So solle auch der Aspekt der Privatisierungen in die Überlegungen einbezogen werden. Somit stimme er den Aussagen von Herrn Dr. von Teichman zu, auch hinsichtlich der Beteiligung am Zweckverband.

Herr Tjaden pflichtete dem ebenfalls bei und ergänzte, es sei dabei von besonderem Interesse, den Rat vor Vergabe über den Inhalt des Auftrages zu informieren.

Herr Neumann signalisierte Zustimmung auch von Seiten der SPD-Fraktion unter der bereits genannten Maßgabe zum Gutachtenauftrag. Seine Fraktion stelle allerdings auch die Bedingung, dass die Synergien, für die die Gesellschaften einmal eingerichtet wurden, erhalten blieben, um unrentable Zweige bei Bedarf auch weiterhin finanzieren zu können.

Oberbürgermeister Menzel versicherte, dass der Rat vor Herausgabe des Gutachtenauftrages im Rahmen einer Beschlussvorlage über die geforderten Details informiert werde und die aufgeworfenen Fragen in den Auftrag einbezogen würden. Hinsichtlich des Beitritts zum Zweckverband JadeWeserPark seien die übrigen Partner bereits über die Gründe der Verzögerung informiert. Er zeige sich zuversichtlich, dass ein Beschluss in der kommenden Ratssitzung somit möglich werde.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt den vorgelegten Nachbewilligungen zu.

| Nr. Produkt/<br>Sachkonto      | Bezeichnung                                                     | Betrag €      | Deckungsvorschlag             | €      |
|--------------------------------|-----------------------------------------------------------------|---------------|-------------------------------|--------|
| <b>1a 11.18.02/<br/>445311</b> | <b>Beteiligungscontrolling<br/>Erstattung<br/>Zweckverbände</b> | <b>50.000</b> | Mehrertrag<br>Finanzausgleich | 50.000 |
| <b>1b 11.18.02/<br/>443101</b> | <b>Beteiligungscontrolling/<br/>Geschäftsaufwendungen</b>       | <b>33.000</b> | Mehrertrag<br>Finanzausgleich | 33.000 |

## 7.2 Ausschuss für Planen und Bauen

### 7.2.1 55. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Sonderbaufläche JadeWeserPort - Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 62/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.05.2008 vor.

Herr Kottek unterstrich in einer ausführlichen Stellungnahme die Bedeutung dieses Beschlusses für die Zukunft der Stadt. Für die konstruktive Zusammenarbeit während der Vorbereitung wolle er, auch im Namen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dem Rat danken. Ebenso danke er den Kolleginnen und Kollegen des Baudezernates für deren engagierte und weit über die übliche Arbeitszeit hinaus reichende Mitarbeit sowie allen übrigen Beteiligten.

Die Herren Adam, Neumann, Biehl, Rech, Oberbürgermeister Menzel, Dr. von Teichman, Prof. Reuter, Schmidt und Felbier sowie Frau Aliets hoben in ihren Stellungnahmen die große Bedeutung des neuen Hafens, mit dessen Bau nach diesem Beschluss nunmehr begonnen werden könne, für die Stadt hervor.

So sei der Hafen nicht nur eine Bereicherung für die Wirtschaft, es würden damit auch Arbeitsplätze geschaffen, die es wiederum ermöglichten, die Abwanderung ins Umland zu stoppen. Gerade jungen Menschen könne damit wieder eine Zukunft in Wilhelmshaven geboten werden. Die Ansiedlung von Industriebetrieben ziehe außerdem höhere Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen nach sich, was wiederum positive Auswirkungen für den städtischen Haushalt zur Folge habe.

Dennoch dürfe man sich mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden geben; die Stadt müsse weiter „am Ball“ bleiben. Nur so könnten auch alle übrigen großen Vorhaben neben dem Hafen gleichberechtigt vorangetrieben werden.

Alle Redner lobten übereinstimmend die im Vorfeld geleistete Arbeit und dankten allen Beteiligten für deren Engagement.

Herr Tjaden wie auch Herr Janssen zeigten sich skeptisch hinsichtlich der Auswirkungen des JadeWeserPorts für die Stadt. So seien ihrer Ansicht nach die im Zuge des Hafenbaus geplanten Kohlekraftwerke und der Ausbau der Niedersachsenbrücke zum Kohletransport eher zweifelhafte positive Errungenschaften des Hafens. Industrie sei nicht zwingend wichtig für die Belebung der Stadt, es gebe durchaus andere Wege dies zu erreichen. Die damit verbundenen Gefahren für die Umwelt wögen ungleich schwerer, als die heute noch nicht absehbaren positiven Auswirkungen für die Wirtschaft. Auch das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen könne nicht nachvollzogen werden, wie das Beispiel Bremerhaven zeige.

#### **Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen die 55. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Sonderbaufläche JadeWeserPort - zur Feststellung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 26) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist der Änderung zum Flächennutzungsplan gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigelegt.

7.2.2 Bebauungsplan Nr. 210 - JadeWeserPort / Containerterminal - Behandlung der Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 63/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.05.2008 vor.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 210 - JadeWeserPort / Containerterminal - als Satzung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 26) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

7.2.3 Bebauungsplan Nr. 213 - Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm - Aufstellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 105/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.05.2008 vor.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 213 - Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm - gem. Vorlage.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

7.2.4 Bestellung eines Fahrradbeauftragten (Vorl.-Nr. 110/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.05.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Einsetzung eines „Fahrradbeauftragten“.

Für diese Aufgabe wird

1. Herr Hartmut Heydinger, Virchowstr. 1,  
26382 Wilhelmshaven

und als Stellvertreter

2. Herr Theo Schüler, Brüsseler Str. 9, 26389 Wilhelmshaven  
ab 01.06.2008 für 5 Jahre bestellt.

Die Arbeit des Fahrradbeauftragten ist ehrenamtlich.

7.2.5 68. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Rüstersieler Groden Süd - Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 112/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.05.2008 vor.

Zwischen den Herren Biehl, Neumann, Janssen, Prof. Reuter, Oberbürgermeister Menzel, Tjaden, Dr. von Teichman und Radmer wurden die geplanten Kraftwerksansiedlungen sowie die Vor- und Nachteile der Nutzung alternativer Energien diskutiert.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen die 68. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Rüstersieler Groden Süd - zur Feststellung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- ) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist der Änderung zum Flächennutzungsplan gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigelegt.

7.2.6 Bebauungsplan Nr. 220 - Rüstersieler Groden Süd / Zum Kraftwerk - Behandlung der Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 113/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.05.2008 vor und ging nochmals auf die Vorteile Wilhelmshavens als Standort für Kohlekraftwerke ein.

Herr Ender verlieh seinem Unmut über die Ansiedlung Ausdruck und machte darauf aufmerksam, dass zum Beispiel die Stadt Emden eine solche Ansiedlung aus vermutlich genau diesem Grunde abgelehnt habe.

Herr Rech hielt dem entgegen, die läge eher an der schlechten Anfahrbarkeit für Tanker aufgrund der fehlenden Wassertiefe.

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 220** - Rüstersieler Groden Süd / Zum Kraftwerk - als Satzung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- ) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

### 7.3 Jugendhilfeausschuss

#### 7.3.1 Wahlordnung Jugendparlament (Vorl.-Nr. 111/2008)

Frau Ober-Bloibaum trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 14.04.2008 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der in der Anlage beigefügten Wahlordnung zu.

### 7.4 Werksausschuss Entsorgungsbetriebe

#### 7.4.1 Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 97/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 09.05.2008 vor und erläuterte in einer ausführlichen Stellungnahme das Abfallwirtschaftskonzept.

In Beantwortung einer Nachfrage von Frau Bauermeister erklärte Herr Dr. Graul das Konzept der neu eingeführten „blauen Tonne“.

Herr Harms bat, den dieser Frage zu Grunde liegenden Leserbrief und die darin aufgeworfenen Fragen mit einer Presseerklärung seitens der Stadt zu beantworten. Dies trage auch in der Bevölkerung zur Aufklärung über die Nutzung der „Blauen Tonne“ bei.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 5 Abs. 3 des Niedersächsischen Abfallgesetzes das vorliegende Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Wilhelmshaven.

#### 7.4.2 Mischwassereinleitungen in den Jadebussen (Vorl.-Nr. 98/2008)

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 29.04.2008 vor und begründete diesen ausführlich.

Herr Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Beschlussvorschlag. Die diesem Beschlussvorschlag zugrunde liegenden Gutachten seien ihrer Form nach gut für eine sinnvolle Entscheidungsfindung geeignet, zumal dabei auch die finanziellen Auswirkungen beschrieben worden seien. Dies sei nicht zuletzt für die Bürger interessant, die durch ihre Abwasserbeiträge einen Teil des neuen Systems mitzutragen hätten. Dennoch beruhe die Entscheidung für eines der geprüften Systeme nicht allein auf den Kosten; auch die jeweilige Effektivität müsse bedacht werden. Somit falle die Entscheidung seiner Fraktion zugunsten des in der Beschlussvorlage vorgestellten Mischwassersystems, ergänzt um den Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus dem „Finanzausschuss“, aus. Letztendlich hoffe man, mit dieser Lösung einen Kompromiss gefunden zu haben, der alle Beteiligten zufrieden stelle.

Herr Tjaden zeigte sich erfreut, dass das mittlerweile veraltete System mit diesem Vorschlag nun endlich verbessert werden könne. Es stelle sich für ihn jedoch die Frage, ob mit den Gutachten der richtige Weg für diese Lösung eingeschlagen worden sei. Anhand verschiedener Beispiele zeigte Herr Tjaden seine Zweifel an den Ergebnissen der Untersuchungen. Dennoch sei dies ein Schritt in die richtige Richtung, zwar für ihn nicht optimal, aber es zeige den Willen der Stadt, an der bestehenden Situation nun etwas zu ändern.

Herr Hartmann nannte als alternativen Vorschlag den Bau einer dem Südstrand

vorgelagerten Badelagune. Damit umgehe man zum einen das Problem der Schmutzwassereinleitungen, zum anderen werde den Badegästen eine Alternative zu den fehlenden Bademöglichkeiten am Banter See und am Geniusstrand geboten und außerdem werde damit der Südstrandbereich aufgewertet. Für die Prüfung der Umsetzbarkeit rege er die Erstellung einer Machbarkeitsstudie an.

Herr Biehl verließ seiner Skepsis gegenüber den Ergebnissen des Gutachtens Ausdruck. Seiner Meinung nach hätten die vorgelegten Untersuchungen durchaus auch im Hause erbracht werden können und gingen ihm zudem nicht weit genug. Zudem befremde es ihn, dass einer der Gutachter in enger Verbindung mit der für das alte Mischwassersystem der Stadt verantwortlichen Firma stehe.

Herr Dr. Graul bat um Erstellung eines Wortprotokolls über den Redebeitrag von Herrn Biehl. Die Aussagen hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit des Gutachters seien so nicht hinnehmbar. Der Gutachter sei eben aufgrund dieser von Herrn Biehl angesprochenen Erfahrung für die Studie ausgewählt worden. Sofern Zweifel an dessen Wahl bestanden hätten, hätten diese bereits zu einem früheren Zeitpunkt gegenüber dem Gutachter selbst vorgebracht werden können. Diesen soeben eingeschlagenen Weg halte er für absolut unangemessen und der Problematik nicht dienlich. Abschließend begründete er den Grund für die Wiederverwendung der Beschlussvorlage des Vorjahres.

Herr Dr. von Teichman stimmte den Aussagen von Herrn Dr. Graul zu und ergänzte, dass der Aufschub der Entscheidung in dieses Jahr für die Erstellung eines zweiten Gutachtens durchaus nötig und sinnvoll gewesen sei. Zudem leuchte ihm die Argumentation von Herrn Biehl zur Wahl des Gutachters nicht ein. Sollte dieser tatsächlich so eng mit einer Firma verbunden und auf seinen Vorteil bedacht sein, hätte die Wahl seiner Meinung nach eher auf die teure Variante fallen müssen. Seines Erachtens könne man mit dem jetzt gefundenen Ergebnis durchaus zufrieden sein. Mit dieser Lösung sei sowohl den Bürgern als auch dem Rat gedient.

Herr Schmidt wies abschließend darauf hin, dass **im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus einem Zusatzantrag der FDP-Fraktion** zur Ergänzung dieser Beschlussvorlage wie folgt zugestimmt worden sei:

*„1. Es wird ein Punkt 3 angefügt mit folgendem Text:*

*„Parallel wird nochmals geprüft, ob andere Systeme, z. B. Zwischenspeicherung in modular aufgebauten Tanks im Hafen, möglich sind.“*

*2. Im letzten Absatz wird nach „Abwassermengen“ eingefügt:*

*„..., die in der ITWH-Studie genannten Handlungsoptionen und Erfordernisse der Regenrückhaltebecken Mitscherlichstraße und Genossenschaftsstraße,...““*

**Beschluss:** -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt zur Kenntnis, dass die derzeitige Praxis der Mischwassereinleitung in den Jadebusen über das Banter Siel den gesetzlichen Anforderungen und den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht.
2. Angesichts der besonderen Bedeutung der Einleitstelle Banter Siel im Bereich des Badegewässers und Naherholungsgebietes

Südstrand sowie der Berechnungsergebnisse zum bestehenden System, ist dennoch eine deutliche Verbesserung der bestehenden Einleitungspraxis anzustreben.

3. Der Rat beauftragt die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe auf Grundlage der vom Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH (itwh) vorgelegten Ergebnisse folgende Maßnahmen zur Optimierung des bestehenden Mischwassersystems im Einzugsbereich des Hauptpumpwerkes Süd einzuleiten und umzusetzen:

1. Feinsiebung
2. Erhöhung des Speichervolumens (Kanalnetzsteuerung)
3. Erhöhung Pumpenleistung  
(Bau einer DRL zur ZKA / MW – Behandlungsanlage)

Die Gesamtinvestitionssumme beträgt ca. 18,8 Mio. € (zuzüglich begleitender Kosten wie z.B. Planungskosten, Grunderwerbskosten).

Begleitend ist eine Erhöhung der zur Kläranlage geförderten Abwassermengen, *die in der ITWH-Studie genannten Handlungsoptionen und Erfordernisse der Regenrückhaltebecken Mitscherlichstraße und Genossenschaftsstraße*, vertiefend zu untersuchen. Die Abtrennung von Trenngebieten sowie sinnvolle Abkopplungsmaßnahmen aus dem Mischwassersystem, sind im Zuge von Sanierungs-/ Optimierungsmaßnahmen im Stadtgebiet weiter zu verfolgen.

4. *Parallel wird nochmals geprüft, ob andere Systeme, z. B. Zwischenspeicherung in modular aufgebauten Tanks im Hafen, möglich sind.“*

## 7.5 Werksausschuss Krankenhaus

### 7.5.1 Wirtschaftsplan 2008 des RNK-Eigenbetriebes (Vorl.-Nr. 100/2008)

Frau Alijets trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Krankenhaus vom 23.04.2008 vor und erläuterte kurz den Wirtschaftsplan.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus –städt. Kliniken und soziale Einrichtungen – für 2008 wird beschlossen.

Ein Kassenkreditvolumen von 7,623 Mio Euro wird beschlossen.

Ein Kreditvolumen in Höhe von 4,401 Mio Euro wird beschlossen.

## 7.6 Werksausschuss Straße und Grün

### 7.6.1 Grundsätze für Planungen und Pflege von öffentlichen Grün und sonstige Maßnahmen zur Verringerung der Unterdeckung bei SGW (Vorl.-Nr. 4/2008)

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 17.04.2008 vor.

Nachdem Herr Kempcke kurz die Vorgeschichte skizziert hatte, verlieh er seiner Hoffnung hinsichtlich einer künftigen Verbesserung der Situation Ausdruck. Hier wolle er auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebes Straße und Grün und deren Werkleiter Herrn Kottek für die geleistete Arbeit danken.

Herr Harms regte an, die Ausführung zu Ziff. 9 des Kataloges in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt zu gestalten.

Herr Neumann verwies in diesem Zusammenhang auf die in der Sitzung des „Finanzausschusses“ vorgebrachten Anmerkungen und bat um deren Beachtung bei der Umsetzung.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die in der Begründung genannten Grundsätze für Planungen und Pflege von öffentlichem Grün in Wilhelmshaven und sonstige Maßnahmen zur Verringerung der Unterdeckung.

## 8 Kleine Anfragen

### 8.1 Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu den Konsequenzen der Handlungsempfehlung nach dem EuGH-Urteil zum Landesvergabegesetz für Ausschreibungen der Stadt Wilhelmshaven

Herr Kempcke trug für die SPD-Fraktion eine Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

*„Die SPD-Ratsfraktion befürchtet durch das EuGH-Urteil und eine nicht erkennbare Reaktion der Landesregierung auf das Urteil, dass Unternehmen aus Wilhelmshaven und der Region, die sich der Tariftreue verpflichtet haben, durch Dumpingangebote anderer Unternehmen und ihrer Existenz bedroht und damit Arbeitsplätze vernichtet werden.*

*Deshalb stellen wir unter Bezugnahme auf das Urteil des europäischen Gerichtshofes zum Landesvergabegesetz folgende Kleine Anfrage:*

- 1. Welche Konsequenzen hat das Gerichtsurteil für Ausschreibungen der Stadt Wilhelmshaven und für das örtliche Handwerk?*
- 2. Welche Aufträge mit welchem Volumen haben die Angebotsfrist noch nicht erreicht?*
- 3. Müssen Anbieter informiert werden, dass die Tariftreueerklärung gegenstandslos ist und bei welchen Aufträgen muss die Angebotsfrist deshalb verlängert werden?*
- 4. Ist mit baulichen Verzögerungen in Wilhelmshaven zu rechnen?*
- 5. Liegt der Verwaltung inzwischen eine Stellungnahme der örtlichen Kreishandwerkerschaft vor?“*

Herr Hoff beantwortete die Anfrage wie folgt:

„1.) Die Konsequenzen für Ausschreibungen der Stadt sind:

- Tariftreueerklärungen werden nicht mehr abgefragt
- Der Bewerberkreis wird grösser
- Firmen die keinen Tariflohn bezahlen können nicht mehr ausgeschlossen

werden

- Angebote können nur noch bedingt hinsichtlich ihrer Auskömmlichkeit geprüft werden, dies gilt ebenso für die Prüfung der Einheitspreise (nach Formblatt EFB 1 und 2)
- Firmen die nach Tariflohn bezahlen, können einen wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteil haben

2.) Folgende Aufträge hatten die Angebotsfrist noch nicht erreicht, mussten aufgehoben und neu vergeben werden:

GGS

Bauvorhaben: Stadttheater, 3. BA - Brandschutzmaßnahmen

Gewerk 01: Mauer- Abbrucharbeiten, jetzt Freihändige Vergabe

Gewerk 02: Trockenbauarbeiten, jetzt Freihändige Vergabe

Gewerk 04: Metallbau- u. Schlosserarbeiten, jetzt Freihändige Vergabe

Gewerk 05: Maler- u. Fußbodenbelagsarbeiten, jetzt Freihändige Vergabe

SGW

Marktstraße 3.BA: Straßenbauarbeiten, neue Ausschreibung mit Fristverkürzung

Ansonsten wurden keine weiteren Ausschreibungen aufgehoben.

3.) Angebotsfristen mussten nicht verlängert, und Anbieter mussten daher nicht informiert werden. Die betroffenen Ausschreibungen wurden wie unter Punkt 2 genannt aufgehoben und neu vergeben.

4.) Es treten keine baulichen Verzögerungen auf (GGS und SGW).

5.) Der Verwaltung (GGS und SGW) liegen keine Stellungnahmen der örtlichen Kreishandwerkerschaft zum Eu-GH-Urteil vor.“

## 8.2 Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zum Sachstand "Erarbeitung eines Entwurfes zur schrittweisen Einführung einer Kraft-Wärme-Kopplung"

Für die FDP-Fraktion bat Herr Radmer um Beantwortung der folgenden Kleinen Anfrage:

*„Am 30.01.2008 hat der Rat der Stadt folgenden gemeinsamen Antrag von CDU und FDP beschlossen:*

*„Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten, wie die Kraft-Wärme-Kopplung in der Stadt schrittweise eingeführt werden kann. Neben den technischen Möglichkeiten und Voraussetzungen soll auch eine Schätzung der entstehenden Kosten erarbeitet werden.*

Fragen:

**1.** *Wie sehen die zeitlichen und inhaltlichen Planungen der Verwaltung zur Bearbeitung des Auftrages aus?*

**2.** *Wann und mit welchen Zielsetzungen sind bisher Abstimmungen/ Gespräche gem. Projektplanung unter Pkt 1. erfolgt?*

**3.** *Sind Abstimmungen mit Electrabel und/oder Eon geplant, so dass die Firmen eine Kraft-Wärme-Kopplung für Projekte der Stadt (z.B. Energiebedarf Bäder – Freibad auch im Winter geöffnet (?)-, Integration neuer /alter geeigneter Wohngebiete) bereits jetzt in ihren Projekten einplanen können?*

**4.** *In wie weit wurden bzw. sollen folgende Dokumente, die nach der 2. Ölkrise 1979/80 entstanden sind, über die „Energieplanung der Stadt Wilhelmshaven“ derzeit noch analysiert, aufdatiert und dann ggf. berücksichtigt werden?*

*a). Dipl. Arbeit „Wärmeatlas für die Stadt Wilhelmshaven“ vom 07. Dezember 1981, erstellt durch Franz Neugebauer und Hergen Strodthoff.*

*b) „Grundsatzuntersuchung für ein integriertes Konzept zur Niedertemperaturbedarfsdeckung der Stadt Wilhelmshaven“ Band 1, 2 und 3,*

erstellt von 1982 bis 1985 durch die GEW GmbH mit Beratung/Mitarbeit der Büro's „Fichtner“ (Stuttgart) und „peb“ (Berlin).

**5. Welche Projektalternativen sind - neben RNK - aus den Empfehlungen in o.g. Dokumenten (s. Pkt. 4) von 1985 bis jetzt in Wilhelmshaven realisiert bzw. weiter verfolgt worden?“**

Herr Dr. Graul antwortete dazu:

„Die Sinnfälligkeit einer Umstellung der heutigen Versorgungsstruktur für Wärmeenergie von Erdgas und Öl auf einen höheren Anteil an Fernwärme aus Blockheizkraftwerken bzw. aus dem am Standort vorhandenen Kohlekraftwerk ist bereits 1981 bzw. 1984 intensiv untersucht worden.

In einem „Wärmeatlas“ für die Stadt Wilhelmshaven wurde nachgewiesen, dass es grundsätzlich möglich ist, größere Teile des städtischen Siedlungsgebietes auf Nah- bzw. Fernwärme umzustellen. Allerdings zeigte der damals im Rahmen einer „Grundsatzuntersuchung für ein integriertes Konzept zur Niedertemperaturwärmebedarfsdeckung der Stadt Wilhelmshaven“ durchgeführter Wirtschaftlichkeitsvergleich, dass – ich zitiere aus dem Abschlussbericht - „die Versorgungsalternative 1, die eine Fortschreibung der heutigen Beheizungsstruktur vorsieht, die wirtschaftlichste und preiswürdigste Versorgungskonzeption darstellt“. Vor der Erarbeitung der vom Rat der Stadt mit dem Beschluss vom 30. Januar 2008 geforderten erneuten Grundsatzuntersuchung wäre also zunächst die Frage zu erörtern, inwiefern die seinerzeit gegebenen Grundbedingungen, nämlich die Wärmenachfrage aus Wohnungen und Gewerbebetrieben einerseits und das Energieangebot aus vorhandenen großen und kleinen Kraftwerken bzw. Blockheizkraftwerken sowie zukünftig geplante Anlagen in Übereinstimmung gebracht werden können.

Festzuhalten ist schon heute,

- dass die Anschlussquote an die Gasversorgung sich in den rund 25 Jahren, seit der Erarbeitung der damaligen Studien eher noch erhöht hat,
- dass energie- und klimapolitische Fragestellungen damals wie heute einen besonderen kommunalpolitischen Stellenwert haben, und
- dass zugleich aber auch die Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung und die damit verbundenen Kosten für den einzelnen Bürger eher noch an Bedeutung zugenommen haben.

Dieses vorangeschickt beantworte ich die kleine Anfrage der FDP-Fraktion wie folgt:

Frage 1:

Vor dem beschriebenen Hintergrund beabsichtigt die Stadtverwaltung zunächst, in einem Fachgespräch mit Experten die heutige und zukünftige Energieangebots- und Nachfragestruktur, den Stand der Technik und andere relevante Aspekte zu erörtern und daraus die möglichen Fragen und Fragestellungen für eine neue Grundsatzuntersuchung zu entwickeln.

In dieses Fachgespräch sollen Einrichtungen wie die Fachhochschule in Wilhelmshaven - hier insbesondere das neu gegründete „Institut für nachhaltige Energieversorgung“ – ebenso einbezogen werden wie die „Deutsche Energieagentur“, die Firmen Electrabel und E.ON, sowie die GEW als örtlicher Energieversorger.

Nach diesem Fachgespräch, welches voraussichtlich unmittelbar nach den Sommerferien stattfinden wird, werden die konkreten Fragestellungen für eine neue Grundsatzuntersuchung formuliert und geeignete Auftragnehmer ermittelt.

Unter der Maßgabe, dass die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt werden, kann mit der Untersuchung dann Anfang 2009 begonnen werden.

Frage 2:

Bislang sind Abstimmungsgespräche ausschließlich verwaltungsintern durchgeführt worden.

Zu Frage 3:

Gespräche mit Electrabel oder E.ON sind im Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte aus den oben genannten Gründen bislang nicht geführt worden, weil dies voraussetzen würde, dass die Auskopplung von Abwärme aus Großkraftwerken, d.h. ein mögliches Ergebnis einer neuen Grundsatzuntersuchung, generell und vorab als sinnvoll angesehen wird.

Frage 4:

Die Frage der Verwertbarkeit der in der kleinen Anfrage zitierten Dokumente aus den Jahren 1981 bzw. 1984 soll im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Fachgespräch erörtert werden.

Frage 5:

Aus den seinerzeit gegebenen Empfehlungen insbesondere der „Grundsatzuntersuchung für ein integriertes Konzept zur Niedertemperaturbedarfsdeckung der Stadt Wilhelmshaven“ sind neben dem Blockheizkraftwerk am Reinhard-Nieter-Krankenhaus folgende Empfehlungen umgesetzt worden:

1. Beibehaltung und Ausbau der heutigen Wärmeversorgung auf Erdgasbasis.
2. Errichtung eines Blockkraftheizwerkes zur Versorgung des Arsenalhafens, allerdings auf ausdrücklichen Wunsch des Bundes als reines Heizwerk und lediglich in Betreiberschaft durch GEW.
3. Nutzung von Deponiegas zur Wärme- und Stromerzeugung in einem Blockheizkraftwerk: ein solches wurde von GEW im Marinestützpunkt IV. Einfahrt errichtet und zumindest einige Jahre unter anderem auch mit Deponiegas versorgt, mittlerweile wird dort lediglich und zusätzlich zu Erdgas das aus der Klärschlammfäulung stammende Klärgas als Energieträger eingesetzt.
4. Darüber hinaus hat GEW im Jahre 1988 an der Rhein-/ Ecke Mainstraße ein attraktives und leistungsfähiges Beratungszentrum für die gewerbliche und private Energieberatung errichtet.“

### 8.3 Kleine Anfrage Ratsherr Müller zum Bau der Kohlekraftwerke

Eine letzte Kleine Anfrage trug Herr Müller mit der Bitte um Beantwortung vor:

*„Wie aus den regionalen Presseorganen zu entnehmen ist, stehen unsere Nachbargemeinden Friesland und Wangerland skeptisch und ablehnend der Ansiedlung und dem Bau der geplanten zwei, respektive drei Kohlekraftwerken gegenüber. Die Gemeinden befürchten einen Einbruch ihres Tourismus und den Verlust von weit über 20.000 Arbeitsplätzen, die von dieser Branche abhängig sind.*

*Ich frage, wurde vor Planung der Ansiedlung von Kohlekraftwerken mit den Nachbargemeinden über das Vorhaben gesprochen, deren Bedenken mit diesen erörtert und bei der Planung berücksichtigt?*

*Wenn ja, wer waren die Gesprächspartner und wurden hiervon Protokolle gefertigt?“*

Herr Kottek antwortete wie folgt:

„Diese Gespräche und Informationen haben auf verschiedenen Ebenen stattgefunden über Jahre hinweg. Ich will versuchen, einen kleinen Teil vorzutragen:

Es fängt an beim Landesraumordnungsplan: Im Aufstellungsverfahren zur

Gesamtnovellierung des Landesraumordnungsplanes, der am 30.01.2008 Geltung erlangt hat, gab es einmal einen Scopingtermin am 08.12.2005, dann das Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren von November 2006 bis Februar 2007, dann gab es noch einen Erörterungstermin bei der Regierungsvertretung am 09.05.2007.

Der zweite Punkt war das Strukturkonzept der Stadt Wilhelmshaven: Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren vom 18.08. bis 29.08.2003, unter anderem Landkreis Friesland und Gemeinde Wangerland.

Drittens die Rahmenplanung Rüstersieler Groden: Abstimmungs- Beteiligungsverfahren vom 16.01. bis 27.01.2006, auch wieder Landkreis Friesland und Gemeinde Wangerland, und zusätzliche Erörterungstermine am 25.01.2006.

Bei der Bauleitplanung direkt, im Rahmen der 56. Änderung, war die öffentliche Auslegung vom 03.12.2007 bis 11.01.2008. Der Erörterungstermin fand schon am 28.03.2006 statt und die Beteiligung der TÖBs fand, auch wieder unter Beteiligung des Landkreises Friesland und der Gemeinde Wangerland, vom 03.12.2007 bis 11.01.2008 statt.

Ich gehe jetzt auf die 58. Änderung bzw. Bebauungsplan 220 ein, was wir heute beschlossen haben. Auch da war die Beteiligung der TÖB, Gemeinden und Landkreise, vom 13.10. bis 13.11.2006, der Scopingtermin war am 17.10.2006. Eine weitere Beteiligung der TÖBs im Rahmen der Auslegung erfolgte dann im Februar bis März 2008.

Darüber hinaus gab es informelle Abstimmungs- und Informationsgespräche, zum Beispiel eine Bürgerversammlung der „Electrabel Deutschland GmbH“ in der Gemeinde Wangerland am 16.01.2008, an der von Wilhelmshavener Seite Oberbürgermeister Menzel und der Leiter Planungsamtes, Herr Witt, teilgenommen haben. Es haben dann mehrere Gespräche mit dem Landkreis Friesland, mit meiner Beteiligung, dem Planungsamt und auf der anderen Seite Frau Peron und Dr. Dehrendorf stattgefunden und es haben mehrere Gespräche auf der Raumordnung und Landesplanung sowie der Regionalplanung, die wiederum mit Frau Peron und zeitweise Dr. Dehrendorf, stattgefunden.

Das Thema der großindustriellen Planungen in Wilhelmshaven wurde zudem mehrfach in den von der Regierungsvertretung anberaumten Regionalplanertagungen in Oldenburg erörtert.

Und nun noch einiges ganz kurz zu den Inhalten: ich habe mal ein Protokoll herausgesucht, da ging es im Prinzip nur immer darum, dass letztlich bei allen Gesprächen, die die Regierungsvertretung geführt hat im Zuge der Landesraumordnungsplanung, alle Träger der Regionalplanung, Landkreise und kreisfreie Städte und die betroffenen Gemeinden, eingeladen wurden. Es kam nicht ein einziges Mal der Hinweis darauf, dass die Ausweisung als Vorrangstandort Kraftwerk in Frage gestellt wurde, es wurde nur immer darauf hingewiesen, man möchte doch bitte neue Trassen unterirdisch verlegen. Und dieses ist dann auch in einem der letzten Gespräche von Frau Peron, Landkreis Friesland, wörtlich: „Danach besteht die regionale Forderung soweit weitere Maßnahmen zum Stromabtransport notwendig sein sollten, diese grundsätzlich nur noch in unterirdischer Kabeltechnologie auszuführen.“ Sie merken schon daran, wenn man sich über die Abführung von Strom unterhält, dann hat man sich scheinbar mit den Kraftwerken in irgendeiner Form positiv abgefunden. Wenn ich dann eine zweite Meinung hier höre, das war die Stadt Schortens, die Stadt Schortens fordert ebenfalls weitere Stromleitungen grundsätzlich nur noch als Erdkabel und die Gemeinde Wangerland hat sich zum Beispiel bei solchen Terminen nicht geäußert. Und wenn ich jetzt auf den BPlan 220 eingehe, dann fand die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange von Oktober bis November 2006 statt; Wangerland, Schortens und Sande haben sich nicht geäußert, Butjadingen hat keine Bedenken geäußert, Friesland hat bei der Auslegung Bedenken geäußert, die aber im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nicht genannt wurden. Man also daraus nur die Schlussfolgerung

ziehen, dass jahrelang diejenigen, die jetzt bei der öffentlichen Auslegung Bedenken geäußert haben, diese hinter dem Berg gehalten haben bzw., wenn man so will, zu spät aufgewacht sind.“

## **B. Einwohnerfragestunde**

---

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates) vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

---

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung: 21:45 Uhr**

Schmidt  
Ratsvorsitzender

Menzel  
Oberbürgermeister

Rogel  
Protokollführerin